

Kolloquium 2011

„Wert regiert die Welt?“

**" Was auf uns zukommt -
neue Herausforderungen und Veränderungen im globalen
Machtgefüge verlangen neue Allianzen und Überlebensstrategien"**

Ulrich Weisser

Vizeadmiral a.D.

11. November 2011

Wolfsberg, 8272 Ermatingen

I.

Shakespeare war vor vierhundert Jahren wahrlich modern als er Hamlet sagen ließ: Time is out of joint. Die Zeit ist aus den Fugen. Unbeantwortet sind heute fundamentale Fragen, die unsere Zukunft bestimmen. Wir müssen uns klar werden – was kommt auf uns zu? Verlangen neue Herausforderungen auch neue Strategien und Allianzen?

Im Vordergrund steht: wie reagieren wir auf den Ruf nach Freiheit und Veränderung durch fast dreihundert Millionen Menschen im arabischen Raum? Aber auch ganz andere Fragen: Welche Zukunft hat die NATO? Wie beenden wir den Krieg in Afghanistan? Oder: Was will China?

Die Lage ist von Unsicherheiten geprägt. Die größten Herausforderungen liegen heute nicht mehr in der Stärke anderer Staaten, sondern eher in ihrer Schwäche. Durch zerfallende Staaten entstehen humanitäre Krisen und Bürgerkriege. Destabilisierung und Radikalisierung von ganzen Regionen fördern Migrationsbewegungen. Dadurch entstehen auch Aktions- und Rückzugsräume für Organisierte Kriminalität und internationalen Terrorismus.

Der Al Qaida - Terrorismus bleibt eine wesentliche Bedrohung für Freiheit und Sicherheit. Es gibt keine zentrale Steuerung mehr, sondern wuchernde, eigenständige Mordzellen. Die Eliminierung von bin Laden ändert daran nichts.

Die wachsende globale Vernetzung ermöglicht die schnelle Verbreitung und Nutzung von Hochtechnologien. Mit modernen Kommunikationstechnologien lassen sich Demokratiebewegungen mobilisieren. Der Cyberspace, der mit dem Internet verbundene Raum aller Informations- und Kommunikationstechniken, ist für moderne Informationsgesellschaften zu einer kritischen Schlüsselinfrastruktur geworden; denn es gibt vernetzte Abhängigkeiten zu wichtigen Infrastrukturen wie Stromversorgern, Banken, Versicherungen und Transport. Angriffe darauf können die europäischen Industriestaaten destabilisieren.

In der Abwehr neuer Bedrohungen aus dem Cyber-Space wird sicherheitspolitisches Neuland betreten. Diese neuen Bedrohungen für lebenswichtige Infrastrukturen lassen keine nationalen Lösungen zu; denn die Bedrohung ist global und international. Großbritannien ist heute konzeptionell führend in der Entwicklung einer global angelegten Strategie, die auf

zweierlei abstellt – auf weltweit gültige Verhaltensnormen für die Nutzung des „Cyber-Space“ wie auch auf notwendige Sicherheitsmaßnahmen. Cyber-Sicherheit ist eine weltweit angelegte Gemeinschaftsverantwortung. Angriffen auf die eigene IT-Infrastruktur kann nur mit einem systematischen zivil-militärischen Management zur Wiederherstellung funktionstüchtiger Systeme begegnet werden. Der Datenaustausch zwischen den Nationen braucht eine umfassende Vertrauensgrundlage. Die Nationen müssen ihr Wissen und ihre Erfahrungen uneingeschränkt zum Nutzen aller Beteiligten einbringen. Die neue NATO-Strategie hat denn auch Angriffe auf die Informationssicherheit ihrer Länder als eine der möglichen Hauptbedrohungen definiert. Wie bei anderen modernen Bedrohungsformen durch Terrorismus, Piraterie, asymmetrische Kriege und failing states verliert das Territorialprinzip und damit die Grenzverteidigung ihre Relevanz. Innere und äußere Sicherheit verschmelzen. Der Angreifer kann nicht mehr identifiziert werden – Kriminalität, Terrorismus, asymmetrische und verdeckte Kriegführung und Spionage fließen ineinander.

Der beschleunigte Austausch von Waren und Dienstleistungen auf globalen Märkten und der weltweite Personenverkehr bergen neue Risiken. Gefährliche Stoffe, Epidemien und Seuchen können sich heute rasch verbreiten. Klimatische Veränderungen bedrohen in manchen Staaten die Existenz vieler Menschen. Wasser- und Bodenverknappung verbindet sich immer häufiger mit sozialen Disparitäten und neuem Konfliktpotential. So kommt es zu Migrationsströmen in Richtung wirtschaftlich besser entwickelter Regionen.

Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Europas von vitaler Bedeutung. Wenn Energieträger und andere für Hochtechnologie benötigte Rohstoffe knapp werden, hat dies gravierende wirtschaftliche Auswirkungen. Zugangsbeschränkungen können Konflikte auslösen. Störungen der Transportwege wie auch der Rohstoff- und Warenströme durch Piraterie gefährden Sicherheit und Wohlstand. All diese Herausforderungen werden sich noch verschlimmern, wenn man die gegenwärtigen Trends zu Grunde legt.

II.

Wir leben also in einer vernetzten, immer enger zusammenrückenden Welt voller neuer Möglichkeiten, aber auch voller neuer Gefahren. Aufstrebende, ehrgeizige Mächte wie China verändern die internationale Mächtegeometrie und wetteifern mit uns um immer knappere natürliche Ressourcen. In dieser Lage müssen wir Krisen, Gefahren und politischen Ursachen dort begegnen, wo sie entstehen.

Die NATO hat neue Herausforderungen auf ihrem Lissabonner Gipfel am 18. November 2010 zwar zum Angelpunkt ihrer neuen Strategie gemacht, konnte sich aber nicht dazu durchringen, konkret zu sagen, wo denn eigentlich die neuen Gefahren auf uns lauern. Angesichts der Herausforderungen für unsere Sicherheit stellt sich doch die Frage: Wie begegnen wir den Gefahren, die sich im südlichen Krisenbogen von Marokko bis Afghanistan entwickeln? Warum besteht die NATO weiter auf ihrer Politik der offenen Tür für neue Mitglieder wie Georgien – dies ohne zu berücksichtigen, was dies für Moskau bedeuten wird. Die NATO verfolgt heute im Grunde eine Strategie der anachronistischen Zukunftsverweigerung; gegenüber Russland wird entscheidend sein, ob es wenigstens gelingt, das Projekt „Gemeinsame Raketenabwehr“ auf den Weg zu bringen.

Eine gemeinsame Raketenabwehr würde die Sicherheit Russlands und des Westens untrennbar miteinander verbinden. Seit Jahren pflegt man aber wechselseitige Unsicherheit, ob der andere wirklich als Partner betrachtet werden kann. Zu beantworten ist die Kardinalfrage: Will die Nordatlantische Welt wirklich eine sicherheitspolitische Schicksalsgemeinschaft, die Russland einschließt. Ob es zu einem engen Zusammengehen mit Russland kommen wird, entscheiden aber nicht nur Russland und der Westen. Es gilt alles zu vermeiden, was Russland in die Arme Chinas treibt. Uns muss daran gelegen sein, dass Russland europäische Macht bleibt.

Die Nato will ihre Beziehungen zu Russland lediglich durch mehr praktische Zusammenarbeit intensivieren – dies aus Rücksicht auf russlandkritische Alliierte. Einige neue Mitglieder der NATO in Osteuropa definieren aus historischen Gründen ihre Sicherheit gegen Russland, während Westeuropa dem Imperativ folgt: Sicherheit in und für Europa gibt es nur mit Russland und nicht gegen Russland. Entscheidend ist die Einbeziehung Russlands als Gleicher unter Gleichen als logische und zentrale Aufgabe. Wir brauchen Russland und Amerika überall, wo es kritisch ist: in Afrika, auf dem Balkan, im Iran, in Afghanistan, im Nahost-Konflikt, für den Kampf gegen nukleare Proliferation und nicht zuletzt für Energiesicherheit.

Die strategische Gesamtkonstellation wird dadurch kompliziert, dass sich das geopolitische Gravitationszentrum vom Atlantik zum Pazifik verschiebt; dazu gehört, dass die USA sich mehr Asien und dem Pazifik zuwenden als dem alten Europa. Präsident Obama hat selbst davon gesprochen, dass er Amerikas erster pazifischer Präsident sei.

III.

Die größte Herausforderung Europas ist die arabische Revolution. Der Maghreb und der Nahe Osten werden für lange Zeit Europas Schicksalsregion bleiben.

Die neue Staatsräson für den Maghreb heißt Demokratie. Aber die Euphorie wird in Europa zugleich von einer Heuchelei ersten Ranges begleitet. In den Medien hat sich sofort der Vorwurf an die eigenen Regierungen ausgebreitet, unser Denken sei zu sehr Exportmärkten, Öl und Stabilität bestimmt. Die Potentaten seien zu lange zu wohlwollend gestützt.

Dabei wird verkannt, dass Frieden und Stabilität in sich ihren Wert hatten – beispielsweise im Verhältnis Ägyptens zu Israel. Wer aber generell kritisiert, dass Leute wie Mubarak oder Ben Ali Partner für Politik und Handel waren, der ist naiv. Denn eine Außenpolitik, die nur mit den Guten und Gleichgesinnten verkehrt, macht uns schnell einsam. Dann könnten wir keine Beziehungen haben mit China, mit Saudi Arabien, mit zweifelhaft regierten Staaten in Afrika oder in Lateinamerika. Wir müssen autokratisch regierte Staaten nicht lieben, aber wir müssen mit ihnen leben. Selbst in den kältesten Tagen des kalten Krieges haben wir mit der Sowjetunion verhandelt und auch Geschäfte gemacht.

Selbstverständlich ist Demokratie besser als Despotismus. Aber bis zu einer funktionstüchtigen Demokratie wird die arabische Revolution noch einen langen, steinigen Weg gehen müssen – und dieser Weg wird für jeden Staat anders verlaufen. Ein Rechtsstaat mit Gewaltenteilung, Parteien, Minderheitenschutz oder auch Legitimität des Machtwechsels entsteht nicht über Nacht. In keinem arabischen Staat gibt es eine demokratische Tradition. Bei diesem Prozess können wir Europäer helfen. Denn niemand hat mehr Erfahrungen in der friedlichen Transformation von ehemaligen Diktaturen zu modernen Demokratien als die Europäer.

Der Maghreb ist Europas Gegenküste und mit uns seit Roms Zeiten verbunden. Diese Region ist für uns von vitalem strategischem und ökonomischem Interesse. Bei dem Demokratisierungsprozess kommt uns entgegen, dass die arabische Revolution nicht von nationalistischen oder fundamentalistischen religiösen Motiven getrieben wird. Das Motiv ist bei aller Unterschiedlichkeit der betroffenen Staaten schlicht Freiheitsdrang und Teilhabe an Macht und Wohlstand - getragen vor allem von einer jungen, oft gut ausgebildeten Generation ohne berufliche Perspektive.

Es gibt also eine säkulare Alternative zum islamischen Fundamentalismus. Aber in den Ländern des arabischen Frühlings droht auch die demokratische Legitimation des totalitären Islamismus: Wir müssen darauf vorbereitet sein, dass in Ägypten womöglich nicht die Freunde der Freiheit, sondern Kräfte des radikalen Islamismus –Parteien wie die Moslembruderschaft in demokratischen Wahlen die Mehrheit erringen. Die Wahlen zum Verfassungskonvent in Tunesien zeigen die Richtung. Die große Jugendbevölkerung in Ägypten mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 49 Prozent bot den Protestbewegungen ihr Mobilisierungspotential.

Diese Bevölkerungsentwicklung ließ sich im Grunde über zwanzig Jahre voraussagen. Wenn der demographische Faktor in der Entwicklungs- und vor allem auch in der Sicherheitspolitik stärker beachtet werden würde, wären künftige Krisen weniger überraschend.

Es ist aber auch Skepsis gegenüber dem arabischen Frühling angebracht. Was wir bisher gesehen haben, sind friedliche Demonstrationen wie in Ägypten oder Tunesien aber auch hasserfüllten Bürgerkrieg und brutale Unterdrückung.

Die Resolution des VN-Sicherheitsrates zu Libyen und die Intervention der NATO zum Schutz einer durch die eigene Regierung geknechteten Bevölkerung (responsibility to protect) stehen durchaus im Spannungsverhältnis zu der seit dem Wiener Kongress geltenden Norm, sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines Staates einzumischen. Die Vereinten Nationen haben einen Präzedenzfall geschaffen, der künftige Interventionen mit bestimmen wird. Aber wo ist die Grenze zur Schutzverpflichtung? In Syrien wird deutlich, dass dieser Grundsatz nicht trägt. Zu kompliziert ist das Geflecht der Beziehungen - zum Iran, zum Libanon und zur Hisbollah, zu gefährlich die Wechselwirkung mit dem Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern. Zu stark ist die Syrische Armee.

IV.

In den letzten Tagen hat sich sogar der israelische Staatspräsident an den gefährlichen Spekulationen über einen baldigen Angriff auf die iranischen Atomforschungszentren, obwohl es dafür keine völkerrechtliche Grundlage in Form einer Resolution des VN-Sicherheitsrates geben wird.

Wir Deutsche wissen besser als alle anderen: Nach allem was den Juden angetan worden ist, hat Sicherheit höchste Priorität für Israel. Aber die gegenwärtige Regierung betreibt eine Politik, die Israel eher gefährdet als dem Land Sicherheit zu geben. Israel gehört neben dem Iran schon jetzt zu den großen Verlierern der arabischen Revolution im Nahen Osten. Diese Revolution wird begleitet von einer epochalen Verschiebung von Macht und Einfluss in der

Region. Das neue Machtgefüge wird immer mehr bestimmt von Saudi Arabien, Ägypten und der Türkei, wobei die Türkei und Saudi Arabien die extremen Pole dieses „sunnitischen Dreiecks“ bilden, das sich gegen den „schiitischen Iran“ etabliert.

Es gibt in Israel heute zu wenig nüchterne Überlegungen über mögliche Gefahren, die tatsächlich vom Iran ausgehen. Es ist zwar wahr, dass die politisch kaum berechenbare Staatsführung des Iran, seine Unterstützung von Hamas und Hisbollah gegen Israel und vor allem seine Nuklearpolitik Anlass zu Sorge geben. Der Iran hat Raketen mit Reichweiten zwischen 1200 und 2000 km. Diese Rüstung macht militärisch nur Sinn, wenn die Raketen mit nuklearen Sprengköpfen bestückt werden. Dann allerdings ergäbe sich tatsächlich rein militärisch eine existenzielle Bedrohung für Israel und bald auch für Europa. Die strategische Gesamtlage im erweiterten Nahen Osten würde sich dramatisch verändern. Ein Rüstungswettlauf in Richtung nuklearer Bewaffnung Saudi Arabiens und anderer Nahoststaaten wäre abzusehen. Für einen Einsatz iranischer Nuklear-Raketen gegen Israel spricht allerdings wenig oder gar nichts, denn die Auswirkungen würden nicht nur Israel, sondern auch die arabischen Nachbarn Israels tödlich treffen und alle arabischen Staaten gegen den Iran aufbringen. Der Iran würde sich zudem der unmittelbaren Vergeltung durch westliche Nuklearmächte aussetzen – ein Einsatzszenario, das so unwahrscheinlich wie irrational anmutet.

Dem Iran soll der Zugang zu Nuklearwaffen verwehrt werden; dafür soll eine politische Lösung gefunden werden. Denn eine militärische Lösung gibt es nicht, wohl aber als Folge eines Militärschlages auf iranische Nuklearanlagen einen Flächenbrand in der gesamten Region. In einem Umkreis von 3000 km um Teheran liegen sechzig Prozent der Weltenergieserven und zugleich die gefährlichsten Konfliktpotentiale der Welt. Diese Konstellation muss ebenso berücksichtigt werden wie die strategischen Motive für die iranischen Nuklearambitionen. Iran fühlt sich eingekreist. Das Land sieht sich bedroht durch Instabilität in seiner Nachbarschaft und durch unberechenbare Nuklearmächte, die anders behandelt werden wie der Iran. Pakistan wird beispielsweise der Zugang zu Nuklearwaffen nachgesehen, obwohl die inneren Verhältnisse das Land zu einem Sicherheitsrisiko ersten Ranges machen.

Eine politische Lösung des iranischen Nuklearproblems braucht deshalb einen anderen Ansatz als mit Militärschlägen zu drohen. Der Westen muss das Recht Irans auf Urananreicherung anerkennen und zugleich Sicherheitsgarantien für den Iran anbieten. Zu keiner Zeit ist dem Iran eine Nukleargarantie angeboten worden, die jede weitere eigene

Waffenforschung für den Iran erübrigt hätte. Bisher sind die Verhandlungen mit dem Iran eindimensional und viel zu verengt auf die Frage konzentriert, ob der Iran sich wohl Nuklearwaffen zulegen will und ob es dafür Beweise gibt.

Künftige Verhandlungen mit dem Iran müssen einem viel weiteren Ansatz folgen: Das Konzept heißt Dialog, Einhegung und Abschreckung. Abschreckend wirkt aber nur, was auch einsetzbar ist. Die israelischen und amerikanischen militärischen Optionen entsprechen nicht diesem Kriterium und verdecken die gefährliche Sinnlosigkeit solcher Einsätze. Ein Gesicht wahrender Ausweg aus dieser Sackgasse mag für Teheran die Teilnahme Irans an einer groß angelegten Friedenskonferenz für den Nahen Osten sein. Einbezogen werden muss die Sicherheitsproblematik in der gesamten Golfregion wie auch eine Zusammenarbeit mit dem Iran bei der Stabilisierung Afghanistans. Ohne den Iran wird es keine regionale Stabilität geben, die auch Irak und Afghanistan einschließt. Schließlich haben wir Interessen, die sich mit denen des Iran ergänzen: Der Iran will die Taliban nicht wieder an der Macht in Afghanistan sehen und will vom Transithandel aus Zentralasien und Afghanistan durch iranische Häfen profitieren; der Iran will den Fluss von Heroin aus Afghanistan stoppen; denn das Land leidet mehr unter Drogensucht als jedes Land in der Welt.

Der Iran ist ein Schlüsselland der Region und muss so behandelt werden. Eine Lösung der Krise muss allen Seiten etwas geben: keine persischen Nuklearoptionen mehr, aber auch Sicherheit für den Iran in einem bedrohlichen Umfeld. Mit anderen Worten – Sicherheit vor dem Iran verlangt auch Sicherheit für den Iran. Diese konstruktive Sicht wird natürlich vom Iran unterlaufen, wenn sich die Führung in Teheran in kriegstreibender Rhetorik gegen Israel ergeht und gedungene Mörder in

V.

Die Atlantische Allianz hat sich in Afghanistan seit zehn Jahren auf einen Krieg gegen etwa 25.000 Taliban eingelassen, wovon etwa 8000 Taliban für einen fundamentalistischen Gottesstaat kämpfen. Der Westen hat sich auf einen Krieg eingelassen, dessen Ziele immer wieder gewechselt worden sind, Die Zielsetzung des „nation building“ hat sich als wirklichkeitsfremd erwiesen. Afghanistan ist ein korrupter Staat, der von Drogenkartellen regiert wird. Für ein armes Land, das von Stammesgegensätzen und rücksichtslosen Machtansprüchen rivalisierender „War Lords“ zerrissen wird, ist kaum Stabilität zu erwarten. Der Opiumanbau macht Afghanistan zu einem besonders schwierigen Fall. Seit Jahrzehnten

forciert das internationale organisierte Verbrechen auf diese Weise die Instabilität Afghanistans. Heute stammen 92 % der Weltproduktion von Heroin aus dem Land. Taliban, Warlords und auch Regierungsstellen schützen den Anbau von Opium und seine Veredelung zu Heroin. Der kommerzielle Gegenwert ist enorm. Drogenkartelle und Taliban bilden eine sich gegenseitig begünstigende Allianz. Jede künftige Strategie muss deshalb den Zusammenhang zwischen Drogenanbau und den Entwicklungschancen des Landes in den Vordergrund rücken.

Präsident Obama hat am 23. Juni 2011 den schrittweisen Abzug der US-Streitkräfte aus Afghanistan bekannt gegeben. 2014 sollen alle Aufgaben an die afghanischen Sicherheitskräfte übergeben sein. Diese US-Abzugsstrategie soll die Antwort auf die drängende Frage sein, wie den Erwartungen der kriegsmüden amerikanischen Bevölkerung - wie auch der Skepsis der Verbündeten - und der Finanznot der USA entsprochen werden kann. Zugleich sollen die bisher erreichten Erfolge in Afghanistan nicht aufs Spiel gesetzt werden. Obama wandelt dabei auf einem schmalen Grat. Einerseits sind seine Generäle ebenso wie die Falken unter den Republikanern skeptisch, ob sich der ehrgeizige Abzugsplan unter dieser Prämisse realisieren lässt. Andererseits erwartet die Demokratische Partei des Präsidenten, dass der Abzug noch schneller und entschiedener vor sich geht.

Amerika kann sich einfach nicht mehr leisten, die teuren Kriege in Afghanistan und im Irak fortzusetzen, die im Monat fast zehn Milliarden Dollar verschlingen. Nun verlangt die angespannte wirtschaftliche Lage Amerikas, dass die Regierung der Not der eigenen Bevölkerung Priorität gibt.

Wichtig werden in diesem Zusammenhang die vertraulich geführten Gespräche mit friedenswilligen Taliban. Das friedensbestimmende Thema heißt Versöhnung und Integration. Ohne politische Vereinbarungen mit den Taliban wird es keinen Frieden in Afghanistan und auch keinen Abzug in Würde geben.

Afghanistan braucht eine neue Balance der politischen Kräfte im Land. Die Suche nach dem immer dringlicher werdenden politischen Verhandlungsansatz darf sich nicht auf Kabul allein konzentrieren. Afghanistan ist ein ethnischer und machtpolitischer Flickenteppich. Deshalb macht Dezentralisierung Sinn. Zugleich muss der Regionalansatz intensiviert, müssen die regionalen und globalen Mächte noch stärker einbezogen werden – natürlich Pakistan, aber auch Russland, Indien, China – und Iran. Kaum ein Land hat ein so massives Interesse an einer Eindämmung der Flüchtlings- und Drogenströme aus Afghanistan wie der Iran.

VI.

Sorgen macht aber nicht allein Afghanistan. Pakistan ist ein Sicherheitsproblem – nicht allein für die Region, sondern weit darüber hinaus. Die in Pakistan geplanten Anschläge in Mumbai im November 2009 haben Indien wie nie zuvor erschüttert und wirken weiter. Es war eine bewaffnete Aggression im Rahmen asymmetrischer Kriegsführung. Der Staat Pakistan ist aber nicht mehr der primäre Gegner Indiens. Indien sieht sich vielmehr von der weitreichenden Destabilisierung der ganzen Region bedroht; Dehli fürchtet ein Überschwappen politischer Instabilität auf indisches Territorium. Zentrale politische und strategische Probleme auf dem indischen Subkontinent sind grenzüberschreitender Terrorismus, ethnische und religiöse Rivalitäten, aber auch schwache Regierungen, die mit den Herausforderungen nicht fertig werden. Die fortwährenden Risiken von ungelösten Territorialproblemen verlangen eine umfassende politische und militärische Strategie, aber auch Reaktion die sich abzeichnende maritime Rivalität mit China.

Im indischen Außenministerium betrachtet man Pakistan inzwischen weitgehend als einen „failed state“, einen Staat, dem die Kontrolle entglitten ist. In der Tat stehen etwa 40% des pakistanischen Territoriums nicht mehr unter der Aufsicht des Staates; die Armeeführung hat mehr Macht als die Regierung; große Teile der Streitkräfte stehen nicht unter politischer Kontrolle; der Geheimdienst ISI hat sich verselbständigt. Washington wirft ihm Beteiligung an mehreren terroristischen Gewaltakten vor. All diese Entwicklungen vollziehen sich in einem Staat, der über Nuklearwaffen verfügt, die womöglich nicht unter verantwortungsvoller politischer Kontrolle bleiben.

Indien ist globaler Akteur und besitzt das notwendige Potential, um zu einer tragenden Säule einer multipolaren Welt zu werden. Indien hat sich der Welt politisch und wirtschaftlich geöffnet und strebt in der Wirtschaft, Politik und Verteidigung nach sinnvoller Zusammenarbeit, vor allem mit Europa, den USA und Russland.

Indien wird auch bestimmt von seiner geographisch herausfordernden Umgebung; Pakistan auf der einen Seite und Myanmar auf der anderen Seite sind die beiden Länder mit dem größten Potential für Instabilität. Indien hat mit drei Nachbarstaaten gemeinsame Seegrenzen; schon deshalb hat die Fähigkeit zum Schutz maritimer Interessen aus der Sicht Indiens hohe Priorität.

Längerfristig macht sich Indien Sorgen wegen der nur schwer zu deutenden Politik und Strategie Chinas – mit unangekündigten Truppenkonzentrationen an Indiens Grenzen und

maritimen Aktivitäten rund um den indischen Subkontinent. Wir erleben eine spannende Auseinandersetzung zwischen dem Drachen und Elefanten, zwischen Indien und China. Dabei gelten einige Besonderheiten:

1. Die beiden bevölkerungsreichsten Staaten der Welt grenzen aneinander. China bedeutet für Indien die Nachbarschaft zu einem schwer berechenbaren Giganten.
2. Seit Jahrhunderten war das Neben- und Miteinander dieser alten Kulturen auch immer wieder von Rivalität bestimmt.
3. China und Indien sind Nuklearmächte.
4. Beide sind Konkurrenten im Kampf um internationale Absatzmärkte für ihre Produkte. Beide sind rohstoffarme Länder, die sich bei der Sicherung von Rohstoffen inzwischen im Weg stehen, so zum Beispiel in Afrika.
5. Beide buhlen um regionalen Einfluss. Auch im Verhältnis zu USA und EU besteht gewisse Rivalität: beide Länder bieten sich als regionale Hauptpartner an.

Offiziell sind die Beziehungen zwischen China und Indien konfliktfrei. Dennoch gibt es immer wieder Streit um Grenzfragen im Himalaya und die Aktivitäten des Dalai Lama in Indien.

China verfolgt im Indischen Ozean eine undurchsichtige Politik mit der „Strategie der Perlschnur“ („string of pearls“). Damit will China sich eine wachsende Zahl von Häfen und Stützpunkten rund um Indien sichern. All diese Aktivitäten werden begleitet von einem ehrgeizigen, strategisch ausgerichteten Neubauprogramm Chinas für seine Marine. Drei Flugzeugträgerkampfgruppen werden in absehbarer Zeit die Aktionsmöglichkeiten der chinesischen Marine dramatisch erweitern; sie können sich dann auf die Basen in Myanmar und Ceylon und auf Inseln im Indischen Ozean stützen.

Aus dem Produkt von capabilities und intentions ergibt sich Bedrohung. Deshalb ist es so eminent wichtig, die chinesischen Absichten zu erkennen.

Die chinesische Politik macht die indische Regierung nervös. Indien fühlt sich umzingelt. China ist mit seiner maritimen Aufrüstung der Hauptgrund dafür, dass Japan, Vietnam und Singapur sich an einem Rüstungswettlauf beteiligen, wie man ihn seit dem kalten Krieg nicht gesehen hat. Der Ausbau und die Modernisierung der chinesischen Marine und Luftwaffe haben ein überragendes strategisches Ziel: access denial. China will in der Lage sein, den USA den Zugang zu den Seegebieten vor seiner Küste zu verwehren. Gegenüber Taiwan sind über 3000 Raketen in Stellung gebracht.

China treibt die asiatischen Nachbarländer näher zusammen; aber sie machen sich nur behutsam auf einen gemeinsamen Weg: sie suchen Schutz bei Amerika und sind gleichzeitig bemüht, sich mit China nicht anzulegen. Länder wie Thailand, Singapur, Indonesien oder die Philippinen intensivieren heute wieder ihre traditionell engen Beziehungen zu Washington. Sie suchen die Nähe der Vereinigten Staaten, denn sie verspüren den heißen Atem Chinas im Nacken.

VII.

Die neuen Herausforderungen für unsere Sicherheit, für Politik und Wirtschaft verlangen, einige Schlussfolgerungen für neue Strategien zu ziehen:

- Jede Analyse sicherheitsrelevanter Entwicklungen muss berücksichtigen: Unsere größte Sorge gilt den „unregierten Räumen“ den ungoverned spaces, wo sich in auflösenden Staats-Strukturen Drogenhandel, Kriminalität, Piraterie und Terrorismus einnisten - dies vor allem in Teilen Nordafrikas und dem erweiterten Nahen Osten. Die neuen Formen von Terror und Krieg als Ausdruck einer gestörten Weltordnung verlangen, alle Dimensionen einer weit gefassten Strategie zur Geltung zu bringen, die politische, die diplomatische, die kulturelle, die ökonomische Dimension - und Militär nur als letztes Mittel.
- Die größte Herausforderung Europas liegt in der arabischen Revolution. Sie wird mit unterschiedlichen Rhythmen und unterschiedlichen gesellschaftlichen Ausprägungen verlaufen. Der Aufbau einer starken Demokratie verlangt Menschen, die an ihr Land glauben und sich engagieren. Voraussetzung dafür ist eine stabile, funktionierende Wirtschaft mit Chancen für die junge Generation. Damit der Keim der Demokratie nicht in wirtschaftlicher Notlage erstickt, brauchen vor allem Ägypten und Tunesien ein umfassendes wirtschaftliches Hilfsangebot des Westens – eine Art Marshall-Plan für Nordafrika. Der Maghreb und der nahe Osten bleiben für lange Zeit Europas Schicksalsregion. Die Europäische Union muss helfen, die Infrastruktur aufzubauen, die Wirtschaft zu modernisieren und Arbeitsplätze zu schaffen – und damit die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen für Demokratie. Ägypten und Tunis können dabei eine Modellfunktion für die ganze Region haben.
- Die westliche Afghanistanpolitik braucht eine neue strategische Dimension. Der Krieg in Afghanistan ist ein regionales Problem, das regional gelöst werden muss. Immer wieder muss die Frage gestellt werden, ob es eine halbwegs realistische Chance für Erfolg gibt. Haben wir überhaupt den Willen, die Mittel und Möglichkeiten, um erfolgreich zu sein? Carl von Clausewitz hat für eine solche Situation den immer noch gültigen Grundsatz geprägt: Wenn der Aufwand für einen Erfolg so groß wird,

dass er in keinem Verhältnis mehr zum politischen Ziel steht, dann sollte er aufgegeben werden.

- Es ist evident, dass der Versuch scheitern muss, den neuen globalen Herausforderungen mit den alten Institutionen zu begegnen. Wir sehen einerseits einen weltweit immer stärker artikulierten Freiheitsdrang und lauter werdende Schreie nach Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit; andererseits gibt es enorme Probleme, eine schlüssige globale Antwort auf globale politische und ökonomische Krisen zu geben – dies mit der Gefahr weltweiter Instabilität, die weder von großen Mächten allein noch von den alten Institutionen beherrschbar gemacht werden kann. Um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden, müssen wir für eine revolutionäre Anpassung der Institutionen sorgen.
- Die Europäische Union und die NATO zeigen ein erschreckendes Maß an strategischer Ratlosigkeit. Die nach innen erodierende EU ist ihrer weltpolitischen Verantwortung als strategischer Akteur nicht gewachsen. Sie hat kein schlüssiges Konzept für Nordafrika. Sie ist in sich zerstritten über die Zukunft einer Zweistaatenlösung, die den Palästinensern endlich eine Perspektive gibt. Die EU hat keine einheitliche und gemeinsame Antwort auf die Transformation der arabischen Gesellschaft, auf die Zukunft Afghanistans und ihr Verhältnis zu Russland. Die NATO hat sich außerstande gezeigt hat, ihr Verhältnis zu Russland über Bekenntnisse hinaus zu entwickeln. Die Allianz ist offenkundig nicht in der Lage, sich geopolitisch zeitgemäß zu verorten. Die Zukunft der NATO wird wesentlich davon bestimmt werden, ob und wie es gelingt, der transatlantischen Partnerschaft neuen Inhalt zu geben – dies in einer Zeit, in der Washington auf die Krise seiner politischen Institutionen mit anarchistischen Tendenzen im Kongress, auf seine angespannte Finanzlage und seine wachsende pazifische Orientierung fixiert bleiben wird. Die USA erwarten wegen ihrer Haushaltsprobleme, dass die Europäer künftig weit mehr für ihre eigene Sicherheit tun als bisher. Europa kann sich in dieser Situation nicht mehr leisten wegen seiner sicherheitspolitischen Zerstrittenheit und unterschiedlichen nationalen Interessen strategisch nicht handlungsfähig zu sein. Die EU wird in der Welt von heute nur als Akteur von Gewicht wahrgenommen werden, wenn sie jetzt beginnt, die politische, ökonomische und strategische Gesamtverantwortung für die Union zu tragen und endlich die Verteidigungsanstrengungen zu bündeln.
- Die NATO muss sich unter Einschluss Russlands von einem reinen Verteidigungsbündnis zu einer viel weiter gefassten Sicherheitsgemeinschaft entwickeln. Wir sind auf dem Weg zu einer multipolaren Welt mit fünf Hauptspielern -

den Vereinigten Staaten, Europa, Russland, China und Indien. In dieser multipolaren Welt verschieben sich die Gewichte zugunsten der asiatischen Staaten. Künftig sollte sich die Allianz als strategischen Rahmen für die drei Mächtegruppieren Nordamerika, Europa und Russland verstehen. Otto von Bismarck, den selbst Henry Kissinger für den größten Diplomaten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hält, hat die These aufgestellt: In einer von fünf Staatengruppen geprägten Weltordnung sei es stets wünschenswert, einer Gruppe von dreien anzugehören. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Russland ein strategischer Partner sui generis ist, dessen Gewicht noch zunehmen wird – zumal sich die Vereinigten Staaten verstärkt dem Pazifik zuwenden.

- Die Frage, welche Ziele China mit seiner wachsenden militärischen Macht, ist heute noch nicht schlüssig zu beantworten. Für Indien liegt das größte Sicherheitsproblem heute darin, dass Dehli die Absichten Chinas nicht deuten kann. Im westlichen Pazifik hat ofenkundig ein neues strategisches Ringen begonnen. Zwischen China und Amerika wird über die Vorherrschaft in der Region entschieden und damit auch über die Frage, wer die Welt des 21. Jahrhunderts prägen wird. Entscheidend wird dabei sein, ob China die USA in einer Rolle sieht, die stabilisierenden Einfluss auf den westlichen Pazifik hat oder ob Amerika als strategischer Rivale gesehen wird. Es kann China ja nicht Recht sein, wenn Japan zur Nuklearmacht würde, weil die USA sich womöglich aus der Region zurückziehen. Amerika ist vorerst unentbehrlich als asiatische Ordnungsmacht, aber wird in dieser Rolle irgendwann ausgedient haben. Ein Ende des amerikanischen Jahrhunderts zeichnet sich ab. Wirtschaftlich sind die USA und China aber heute auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden, vor allem durch die amerikanische Rekordverschuldung gegenüber China. Dieses Jahrhundert wird wohl ein pazifisches Jahrhundert werden, wenn alles gut geht, ein Jahrhundert der friedlichen amerikanisch-chinesischen Koexistenz. Eine kriegerische Konfrontation ist aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich. Aber die beiden pazifischen Großmächte messen ihre wirtschaftlichen, politischen, geistigen und eben auch militärischen Kräfte.